**Probleme in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung**

Bei einer großen Versammlung der Werkstatträte in Mittelfranken wurde deutlich, dass es immer schwieriger wird, die Interessen der Beschäftigten in den Werkstätten durchzusetzen.

Die Versammlung fand in der Stadthalle in Treuchtlingen statt. Dabei waren die Vertreter der Beschäftigten aus 36 Werkstätten im Bezirk. Diese Werkstätten sind Orte, wo Menschen mit Behinderung arbeiten.

Der Landrat Manuel Westphal sagte in seiner Begrüßung: „Es ist wichtig, dass die Arbeit in den Werkstätten wertgeschätzt wird. Die Beschäftigten sollen Unterstützung und Anerkennung bekommen, die sie verdienen. Die Werkstatträte und Vertrauenspersonen setzen sich sehr für die Menschen mit Behinderung ein. Sie haben das Recht, gesehen, gehört und ernst genommen zu werden. Ihre Arbeit ist sehr wichtig, um die Qualität und die Bedingungen in den Werkstätten zu verbessern.“

Die Veranstaltung wurde vom Bezirksarbeitskreis der Werkstatträte in Mittelfranken organisiert. Dieser Sprecherrat vertritt die Interessen der Werkstatträte nach außen. Philipp Grossmann ist der Vorsitzende des Sprecherrats.

Die Versammlung zeigte wieder, wie schwer es ist, die Wünsche der Beschäftigten in den Werkstätten durchzusetzen. Holger Kiesel, der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Menschen mit Behinderung, schickte eine Videobotschaft. Darin sagte er: „Die Zukunft ist ungewiss. Wir wissen nicht genau, wie es weitergeht. Wie werden die Arbeitsbedingungen sein? Bekommen die Beschäftigten mehr Geld? Wir hoffen, dass die neue Regierung in den nächsten Jahren Antworten gibt.“ Er betonte, dass die Arbeit der Werkstatträte gerade jetzt, bei knappen Mitteln und wenig Personal, sehr wichtig ist. Er forderte dazu auf, weiter für Gerechtigkeit und Inklusion zu kämpfen.

In einem Bericht berichtete Philipp Grossmann über wichtige Themen wie Schutz vor Gewalt in den Werkstätten, politische Bildung, Pläne des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, die Personalsituation und das Thema faire Bezahlung. Er sagte, dass die Politiker bisher noch keine genauen Informationen dazu gegeben haben, wie sich die Lage entwickeln wird. Auch bedauerte er, dass die Werkstättenmesse in Nürnberg aus finanziellen Gründen abgesagt wurde.

Ein großes Thema war das sogenannte BIBay, ein Instrument, das in ganz Bayern genutzt werden soll, um den Bedarf an Personal und Unterstützung in den Werkstätten zu messen. Clemens Schramm erklärte: „Alle Menschen in den Werkstätten werden in Gruppen eingeteilt, je nachdem, wie viel Hilfe sie brauchen. Das ist wichtig, weil es beeinflusst, wie viel Geld und Personal die Werkstätten bekommen. Bisher gab es in jedem Bezirk ein anderes System. Jetzt soll es in ganz Bayern einheitlich sein.“

Derzeit sind 19 Werkstätten in einer Testphase für neue Vereinbarungen, darunter auch 4 aus Mittelfranken. Dabei gibt es Konflikte zwischen wirtschaftlichen Anforderungen und den Bedürfnissen der Beschäftigten. Schramm bat darum, die komplizierten Inhalte in einfache Sprache zu erklären, damit alle sie verstehen können.

Juliana Schweda von der Landesarbeitsgemeinschaft der Werkstatträte in Bayern äußerte Sorgen, dass bei der Ermittlung des Bedarfs durch BIBay in Werkstätten mit psychisch beeinträchtigten Menschen falsche oder unvollständige Angaben gemacht werden könnten. Das könnte dazu führen, dass weniger Personal eingesetzt wird, als eigentlich nötig ist. Viele Beschäftigte waren nach Befragungen unglücklich.

Es ist wichtig, dass die Dokumentation der Bedürfnisse sorgfältig gemacht wird, damit die Menschen die richtige Unterstützung bekommen. Es gibt eine Gruppe, die die Ergebnisse des Systems auswertet, und in Zukunft soll ein Treffen mit Vertretern aus allen Bezirken klären, wie es weitergeht. Die Teilnehmenden kritisierten, dass die Werkstatträte zu spät oder nur schwer in den Prozess eingebunden wurden.